

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden,
Adolf-Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:
Gebr. Arnold, Dresden.

Verlagspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post
bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich
26,00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Tel. 25281.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Komparatizelle 4,00 M., Familienanzeigen
3,00 M., die 3spaltige Reklamizelle 15,00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe
Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung
zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Vorkostenberechnung 60 Pf.

Nr. 22

Dresden, Donnerstag den 26. Januar 1922

33. Jahrg.

Karl Sindermann

Genosse Karl Sindermann ist diese
Nacht um 1 Uhr nach langem, schwerem Leiden
im Alter von 53 Jahren sanft entschlafen.

Genosse Karl Sindermann ist nicht mehr. Was seine besorgten
Freunde schon seit länger als Jahresfrist befürchteten, ist nun eingetreten. Der
unerlöschliche Tod hat einen der Besten aus unsern Reihen gerissen — einen, der,
wie kaum ein anderer zuvor, als führender Agitator und Organisator mit der
Entwicklung der sächsischen Sozialdemokratie verknüpft ist. Doch kam ihm der
Altbewinger auch als Erbherr. Er machte einem mit heroischem Gleichmut er-
tragenen Dulderdasein ein Ende, das herzerweichend anzusehen war. Schon vor
länger als Jahresfrist raubte ein Schlaganfall dem hinreichenden Volkstribun
die Sprache und behinderte ihn gleichzeitig im Gebrauch seiner Glieder. Dennoch
schleppte er sich, geleitet von seiner treuen Gattin, noch bis vor wenigen Wochen
regelmäßig in den Landtag, um seinen Abgeordnetenspflichten nachzukommen.
Dabei bewahrte er noch einen sonnigen Humor. Vor kurzem aber war ihm ein
neuer Anfall ans Krankenlager, von dem er nicht wieder aufstehen sollte.

Was unter Karl der Partei, besonders der sächsischen Sozialdemokratie ge-
gewesen ist, läßt sich in einem Nachruf nicht erschöpfend darlegen. Ganz besonders
war er mit Hilfe seines vollstimmigen Redneralters zu einem Erwecker der noch
indifferenten Arbeitermassen berufen. Wenn sich heute in Sachsen, besonders der
Oberlausitz, die Arbeiterkraft in erdrückender Mehrheit zur Sozialdemokratie be-
kennt und ein vollgewichtiges Glied in der Parteiorganisation geworden ist, wenn
sie bedeutende Siege erringen und Vertreter in Reichstag und Landtag entsenden
kann, ist das zum sehr großen Teil ein Verdienst Karl Sindermanns. Er war
viele Jahre der populärste Mann in der Oberlausitz, dem die Arbeiterkraft zu-
jubelte, wenn er sich in Versammlungen zeigte. Und wie hat er gearbeitet! Die
Versammlungen sind nicht mehr zu zählen, wo er als Redner die Massen für die
sozialdemokratische Wahlparole entzündete. Oft sprach er zwei- und dreimal an
einem Tage. Als der damalige Reichstagswahlkreis Löbau-Oberbach frei wurde,
war es für die Oberlausitzer Genossen selbstverständlich, daß kein anderer als ihr
Karl Kandidat werden müsse. Bereits 1903 eroberte er den Kreis im großen
Zuge, um als einer der 22 roten Reichstagsabgeordneten aus dem roten König-
reiche in Berlin einzurücken.

Als bei der nächsten Reichstagswahl ein empfindlicher Rückschlag kam, ging
auch Löbau wieder verloren. Bald aber setzten in Sachsen die Kämpfe gegen
die Dreiklassenwahlrecht ein, bei denen Karl Sindermann für Ostschlesien an führender
Stelle stand. Als das Scheitern durch das Pluralwahlrecht abgelehnt und der Weg
für sozialdemokratische Vertreter etwas freier wurde, zog aus Zwickau-Land, dem
sichersten Kreise Sachsens, an der Spitze von 24 sozialdemokratischen Vertretern der
verstorbenen Genosse in den Landtag ein. Hier war er gemeinsam mit Frähdorf
Vorsitzender der neuen Landtagsfraktion und häufig Redner der Fraktion in wich-
tigen politischen Fragen. Seine oft mit trockenem Humor gewürzte, schießende

Redeweise sicherte ihm immer die Aufmerksamkeit des Hauses. Nicht minder wie
seine parlamentarische Tätigkeit nahm ihn nach wie vor die Agitation in Anspruch.
Nach allen Gegenden des Landes wurde er verlangt. Und er ging gern; be-
sonders wenn größere Wahlabsichten geahndet wurden, hülste er sich in seinem
Element.

Das waren aber auch Zeiten aufreibender Anstrengungen, die ihn um so
mehr mitnahmen, weil er seit langem von rheumatischen Schmerzen geplagt
wurde; oft warfen sie ihn aufs Krankenlager. Er stellte sich aber immer wieder
mit unbesiegliger Kampfeslust zu neuen Gefechten, wenn er die Gicht wieder ein-
mal für einige Zeit los war. Dabei aber hatte er offenbar seinem kranken
Körper oft zu viel zugemutet, und so den Grund zu der tödlichen Krankheit ge-
legt, der er nun im Alter von 53 Jahren erlegen ist.

Neben der Agitation nahmen ihn die Organisationsarbeiten stark in An-
spruch. Schon zu der Zeit, wo er noch am Seydewitz stand, war er Mitglied des
Agitationskomitees für Ostschlesien und des Landesvorstandes. Bald wurde er
auch an dessen Spitze berufen und immer wieder gewählt, bis die Umgestaltung
der sächsischen Parteiorganisation neue Verhältnisse schuf. Fast zwei Jahrzehnte
war er allgemein anerkannter Landesvater der sächsischen Sozialdemokratie mit
einer Volkstümlichkeit, wie sie, abgesehen von Vedel und Liebknecht, seither noch
kein anderes Parteimitglied in Sachsen besessen hat. Seine Stellung an der
Spitze der Organisation brachte es auch mit sich, daß er länger als ein Jahrzehnt
die Landesversammlungen leitete und den Geschäftsbericht erstattete.

Nicht minder groß sind seine Verdienste um die Volkszeitung und deren
Verlag. Anfangs widmete er ihr seine Kräfte als Seher, später als Buchhalter
und schließlich als Geschäftsführer. Unbegrenzt war das Vertrauen der Partei-
genossen in seine Redlichkeit und Schaffensfreudigkeit. Daraus aber erwachsen ihm
immer neue Anforderungen. Die seitherige Ueberlastung von seiner Wirksamkeit ist
keineswegs erschöpfend. Er wurde bei allen wichtigen Gelegenheiten in Anspruch
genommen. Erinnert sei nur noch an seine Tätigkeit bei der Gründung des Volks-
hauses, der Lausitzer Genossenschaftswechsellager und der Begründung der Jütener
Volkszeitung. Wo es Streitigkeiten zu schlichten gab, wurde der Landesvater be-
rufen, waren Differenzen heftiger Art ausgebrochen, da mußte er mit hin, um ge-
brochene Parteiverhältnisse wieder ins Ganze zu bringen. War oft wurde er auch
zu wichtigen Beratungen vom Parteivorstand berufen. Was er bei alledem für die
Partei geleistet hat, läßt sich gar nicht abschätzen.

Kein Zweifel, die Partei hat Karl Sindermann unendlich viel zu verdanken.
Er stand in ihr mit seiner Eigenart einzig da. Sein Name ist unauflöslich ein-
getragen in die Geschichte der Partei Sachsens. Ihre großartige Entwicklung ist
mit der Tätigkeit Sindermanns aufs engste verknüpft. In den Herzen der säch-
sischen Arbeiter wird sein Andenken fortleben. Möge uns allen seine Unermüdlich-
keit, seine Pflichttreue und seine Opferfreudigkeit immer als Vorbild voran-
leuchten. So ehre wir unsern toten Kämpen am besten.
E. N.

Vor dem Steuerkompromiß

Nach der neuesten Meldung ist es wahrscheinlich, daß ein Kom-
promiß zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozial-
demokratie über die Steuerfrage zustande kommt. Das
Scheitern dieses Kompromisses wird uns nicht voll befriedigen.
Auf die Erfassung der Sachwerte, wie sie die Sozialdemokratie
ursprünglich gefordert hat, ist verzichtet worden, an die Stelle
der Erfassung der Sachwerte soll eine, wenigstens zunächst
nur, niedrig zu verzinsende Zwangsanleihe
treten, die von den Besitzenden aufzubringen ist. Die Einzel-
heiten der Bestimmungen über die Anleihe stehen noch nicht fest.
Der Gesetzentwurf über die Anleihe muß erst ausgearbeitet
werden, eine Arbeit, die nicht in wenigen Stunden oder Tagen
geleistet werden kann. Voraussichtlich wird unsere Fraktion
den heftigen Angriffen durch die Unabhängigen ausge-
setzt sein, weil sie in der Frage der Erfassung der Sachwerte nicht
an ihrem ursprünglichen Standpunkt festhält. Wir selbst haben
wiederholt die Ansicht vertreten, daß die Fraktion in der
Frage der Sachwertverfassung nicht locker lassen und es ver-
meiden den bürgerlichen Parteien allein überlassen
soll, die Steuergesetze fertigzustellen. Es kann aber nicht be-
stritten werden, daß bei unter ganzem außenpolitischen Lage
die Fraktion eine schwere Verantwortung auf sich
laden würde, wenn sie es in der Steuerfrage zum
Druck kommen ließe. Werden, wie fast sicher zu sein
scheint, die Kompromißvorschläge angenommen, so bleibt doch
eine sehr starke Belastung der Besitzenden übrig,
und das muß als Erfolg unres. Reichstagsfraktion
gebucht werden. Teils aber die Sozialdemokratie in Opposition
und überläßt es den bürgerlichen allein, die neuen Steuer-
gesetze zurechtzubringen, so würden zweifellos die Besitzenden
sehr viel besser wegkommen. Den Vorteil von einer derartigen
Galtung der Sozialdemokratie hätten vor allen Dingen die
Kapitalisten. Unsere Partei müßte in diesem Falle natür-
lich auch sofort aus der Regierung ausscheiden, und das
bedeutete, daß das ganze Kabinett Wirth fallen würde. Nun
wäre aus außenpolitischen Gründen ein Rücktritt Wirths ein
Unglück für das deutsche Volk. Die Regierung Wirth genießt

im Auslande weitestgehendes Vertrauen, und jetzt, wo die Ju-
lamente von Genoa vor der Tür steht und wo es für
Deutschland gilt, eine Wälderung der drückenden
Wiedergutmachungsbedingungen zu erreichen, könnte es eine
schwere Schädigung des deutschen Volkes bedeuten, wenn das
Kabinett Wirth von der Bildfläche verschwände.

An die Stelle der jetzigen Regierung würde eine rein
bürgerliche Regierung treten, zu der dann die Sozial-
demokratie die stärkste Kampfstellung einzunehmen hätte. Der
Sozialdemokratischen Partei würde die Oppositionsstellung
vorausichtlich gut bekommen. Sie würde vermeiden müssen
sobald als möglich eine Auflösung des Reichstags
herbeizuführen. Einen Wahlkampf hätten wir sicher nicht
zu fürchten, besonders wenn es dabei um die Belastung der
Besitzenden ginge. Unter den gegenwärtigen Um-
ständen könnte es aber leicht für das deutsche
Volk verhängnisvoll werden, wenn es zu einer
Reichstagsauflösung käme. Es würden Wochen vergehen,
ehe ein neuer Reichstag zusammentritt und eine neue Regie-
rung gebildet werden könnte. In der Zwischenzeit aber würde
der Regierung die rechte Aktionsfähigkeit fehlen, sie stände
auf schwankendem Boden, wüßte nicht, ob sie Anwalt hätte, die
nächsten Wochen zu überleben. Sie würde deshalb zur Hingung
von Verhandlungen mit den Ententestaaten sehr ungeeignet
sein. Man würde ihr im Ausland nicht das notwendige Ver-
trauen entgegenbringen, weil man damit rechnen müßte,
daß sie schon in kurzer Zeit nicht mehr da ist.

Dazu kommt, daß es überhaupt ein gefährliches Experi-
ment wäre, wenn die Sozialdemokratie unter den gegen-
wärtigen Umständen längere Zeit die Herrschaft einer rein
bürgerlichen Regierung überläßt. Unsere Partei würde zwar
mancherlei Vorteile daraus ziehen, wenn dem deutschen
Volke wieder einmal gezeigt würde, was eine rein bürgerliche
Regierung bedeutet. Aber die Regierung Fehrenbach-
Simons ist dem deutschen Volke schon teuer genug zu-
stehen gekommen und gerade jetzt könnte eine rein bürgerliche
Regierung, die sich dem Einfluß nationalistischer Kreise nicht
zu entziehen vermöchte, großes Unheil über das deutsche Volk
bringen. Schließlich ist es auch sehr fraglich, ob eine

neue Reichstagswahl eine sozialistische Regierung brachte, die
es uns ermöglichte, ohne ein Kompromiß mit den bürger-
lichen Parteien eine Steuerreform zustande zu bringen.

Aus diesen Gründen wird man es billigen müssen, daß
sich unsere Fraktion, nachdem sie versucht hat, eine möglichst
starke Festbelastung herauszuholen, an dem Steuerkompromiß
entschlossen hat. Der Kampf um die Belastung der Besitzenden,
und besonders um die Erfassung der Sachwerte, wird mit der
Annahme der Steuergesetze nicht beendet sein. Da
auch die Einnahmen aus den neuen Steuergesetzen zur Ver-
stärkung der gewaltigen Ausgaben des Deutschen Reiches nicht
ausreichen, so wird sich sowohl der Reichstag recht bald
wieder mit neuen Steuergesetzen befassen müssen.

Es wäre wahrscheinlich möglich gewesen, eine noch stärkere
Festbelastung zu erreichen, wenn die sozialistischen Parteien eine
geschlossene Front bildeten und so gemeinsam den bürger-
lichen Parteien gegenübertraten. Wer will, daß die Massen
möglichst geschont, die Besitzenden aber empfindlich belastet
werden, muß wünschen, daß der Bundekampf zwischen
den sozialistischen Parteien möglichst bald aufhört. Davon,
ob es gelingt, ein enges Zusammenwirken der sozialistischen
Parteien herbeizuführen, wird es zum guten Teil abhängen,
ob in Halle nachgeholt werden kann, was jetzt bei Abschluß
des Steuerkompromisses nicht erreicht werden konnte.

Die wahrscheinliche Verständigung

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Im Laufe des Wirtwoch nachmittag wurde eine Verstan-
digung zwischen den Parteien der alten Konstellation einschließlich der
Nationalen — nicht der Deutschen — Volkspartei auf folgende
Grundlage wahrscheinlich: die Finanzreform soll so gestaltet wer-
den, daß zu den bisherigen Steuererlösen abzüglich
des zweiten Drittels des Reichsbudgets eine von den Finanz-
ministern umzuliegende und zu erhebende Zwangsanleihe im
Betrag von 40 Papiermilliarden geleistet wird. Das
Ganze der Finanzvorlagen soll dann durch ein Kartellgesetz zusam-
mengefaßt werden, das die Verbrauchssteuern und die Fest-
belastung zu einem untereinander Ganzen verbindet, so daß nicht